



An den Grossen Rat

21.5500.02

JSD/P215500

Basel, 8. September 2021

Regierungsratsbeschluss vom 7. September 2021

Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend «StoP (Stadtteile ohne Partnergewalt) - Projekt in Basel»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«In der Beantwortung des Regierungsrats zum Anzug von Edibe Gölgeci und Konsorten betreffend «interkulturelle Sozialarbeit zur Prävention von Radikalisierung» (19.5102) steht, dass die Kantonspolizei ein Präventionsprojekt «Basler Stadtteile ohne Partnergewalt» (BStoP) plane. Das StoP-Projekt wurde in verschiedenen deutschen und österreichischen Städten bereits erfolgreich umgesetzt. In der Stadt Bern läuft ein Pilotprojekt dazu. Dass die Kantonspolizei anscheinend auch plant, dieses Projekt nach Basel zu holen, ist sehr begrüssenswert. Das StoP-Konzept trägt zur Sensibilisierung im Umgang mit häuslicher Gewalt bei und setzt dort an, wo es schon Netzwerke in den Quartieren gibt. Das ist sinnvoll, da so eine breite Bevölkerung erreicht werden kann. Denn häusliche Gewalt geht uns alle an. Da der Abschnitt zum geplanten Projekt im oben erwähnten Anzug sehr allgemein und kurz gehalten ist, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Warum ist dieses Projekt bei der Kantonspolizei und nicht bei der Fachstelle Häusliche Gewalt des JSD angesiedelt? Das Projekt «BStop» sieht einen intensiven Austausch von Verwaltung und Zivilgesellschaft vor. Wieso wird es dementsprechend nicht von einer Fachstelle mit entsprechendem fachlichem Know-How geplant und umgesetzt?
- Ist Basel bereits im StoP-Städtenetzwerk engagiert und damit im Austausch mit den erfolgreich umgesetzten Projekten in anderen Städten?
- Welche konkreten Zielgruppen und Massnahmen bestehen im Projekt?
- Bis wann soll das Projekt aufgelegt und umgesetzt werden?
- Welche Personalressourcen werden dafür eingeplant?
- Warum wird der Ausdruck «Basler» vorangestellt? Wieso wird nicht wie in allen anderen Städten von «StoP Basel» gesprochen?
- Auf der Website der Fachstelle Häusliche Gewalt des Kantons steht: «Von Häuslicher Gewalt können alle Personen betroffen sein, unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, Herkunft oder sozialer Verortung». Inwiefern geht das Projekt auf diese Vielschichtigkeit ein?
- Wie stellt das JSD sicher, dass es sich nicht zu einseitig auf gewisse Bevölkerungsgruppen fokussiert, wie das in der Beantwortung des Anzugs von Edibe Gölgeci und Konsorten den Anschein macht?

Melanie Nussbaumer»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

A. Allgemeine Bemerkungen zu StoP (Stadtteile ohne Partnergewalt)

Der Handlungsansatz von StoP setzt da an, wo Häusliche Gewalt passiert: Am Wohnort und in der Nachbarschaft. Stadtteile ohne Partnergewalt (StoP) will präventiv das Thema Partnergewalt aufgreifen, indem das Umfeld von Gewalt ausübenden und Gewalt betroffenen Personen auf das Thema sensibilisiert wird. Ziel ist es, Gewaltbetroffene und deren soziale Netzwerke auf lokaler Ebene so zu stärken, dass Partnergewalt nicht mehr verschwiegen und geduldet wird. Dafür sollen die Zivilgesellschaft, Quartierorganisationen und die Kantonspolizei zusammenarbeiten. Dank dieser engen Zusammenarbeit im Quartier kann das Thema sowohl bei Institutionen visuell (Plakate, Flyer etc.) als auch bei Anlässen thematisch präsent gehalten werden. Gleichzeitig sollte das Umfeld der Opfer bei Gewaltvorfällen vermehrt in geeigneter Weise reagieren können. Die Arbeiten am Projekt und damit auch erste Abklärungen wurden diesen Sommer aufgenommen bzw. vorgenommen. Es können deshalb noch keine Ergebnisse präsentiert werden. Der Regierungsrat wird aber im Rahmen der Beantwortung des Anzugs Edibe Gölgeci und Konsorten betreffend «interkulturelle Sozialarbeit zur Prävention von Radikalisierung» auch detailliert zum Präventionsprojekt «Basler Stadtteile ohne Partnergewalt» (BStoP) berichten.

B. Zu den konkreten Fragen

1. *Warum ist dieses Projekt bei der Kantonspolizei und nicht bei der Fachstelle Häusliche Gewalt des JSD angesiedelt? Das Projekt «BStop» sieht einen intensiven Austausch von Verwaltung und Zivilgesellschaft vor. Wieso wird es dementsprechend nicht von einer Fachstelle mit entsprechendem fachlichem Know-How geplant und umgesetzt?*

Die Fachstelle Häusliche Gewalt im Fachreferat des Justiz- und Sicherheitsdepartements ist nicht operativ tätig, sondern hat einen vernetzenden Auftrag. Das Projekt ist deshalb bei der Kantonspolizei angesiedelt, das Fachreferat leitet aber den Lenkungs- bzw. Projektausschuss.

Die Erstintervention in Akutfällen von Häuslicher Gewalt nimmt immer die Kantonspolizei vor. Dabei werden hohe Ansprüche an die Einsatzkräfte der Sicherheitspolizei gestellt. Die daraus resultierenden Aus- und Weiterbildungsbedürfnisse werden laufend evaluiert, angepasst und von ausgewiesenen Fachspezialisten aus unterschiedlichen Fachdisziplinen (Intervention, Psychologie, soziale Arbeit) konzipiert und geschult. Der Sozialdienst der Kantonspolizei, der auf jahrzehntelange Erfahrung im Umgang mit Opfern von Häuslicher Gewalt zurückblickt, verantwortet die Ausbildung des Polizeikorps im Bereich Häusliche Gewalt sowie die Weiterbildungen für externe Stellen. Er bietet auch Beratungen für Opfer von Häuslicher Gewalt und Stalking an.

Weitere wichtige polizeiliche Akteure im Bereich der Häuslichen Gewalt sind das Community Policing und die Abteilung Prävention. Diese stellen auch den Austausch mit der Zivilgesellschaft sicher und arbeiten eng mit der Bevölkerung sowie Behörden zusammen. Etwa im Bereich der Prävention von Jugendlichen vor Häuslicher Gewalt durch Workshops in Schulen und Gefährdungsansprachen von Jugendlichen, die bereits einmal Gewalt in einer Beziehung angewendet haben.

Der StoP-Ansatz soll in den nächsten drei Jahren unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse geprüft werden. Dabei ist zentral, dass das Projekt wissenschaftlich begleitet und sorgfältig evaluiert werden kann. Auch deshalb wurde entschieden, die Projektleitung in der Kommandoabteilung der Kantonspolizei anzusiedeln, die bereits über viel Know-how verfügt und zwischen operativen Einheiten der Kantonspolizei sowie weiteren kantonalen Fachstellen koordinierend arbeitet. Die Kommandoabteilung schlägt die Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis in polizeilichen Belangen und setzt – auch mit Unterstützung des Fachreferats – bereits andere Projekte im Bereich der Gewaltbekämpfung um.

2. *Ist Basel bereits im StoP-Städtenetzwerk engagiert und damit im Austausch mit den erfolgreich umgesetzten Projekten in anderen Städten?*

Wie das neue Präventionsprojekt umgesetzt werden soll, ist wie einleitend ausgeführt noch in Abklärung. Aus diesem Grund wurde noch nicht entschieden, ob die Kantonspolizei sich dem StoP-Städtenetzwerk anschliesst oder einen eigenen, dem Kanton angepassten und von den Ideen von StoP inspirierten Ansatz entwickelt.

3. *Welche konkreten Zielgruppen und Massnahmen bestehen im Projekt?*

Das Projekt befindet sich in der Initialisierungsphase. Projektgrundlagen und Projektauftrag sind derzeit in Ausarbeitung. Die Definition von Massnahmen und Zielgruppen sind ein integraler Bestandteil davon.

4. *Bis wann soll das Projekt aufgelegt und umgesetzt werden?*

5. *Welche Personalressourcen werden dafür eingeplant?*

Die Projektleiterin hat ihre Arbeit am 1. Juli 2021 aufgenommen. Sie ist in einem 90%-Pensum befristet für drei Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Kantonspolizei angestellt. Ob und welche weiteren Ressourcen benötigt werden, wird sich im Verlauf des Projektes zeigen.

6. *Warum wird der Ausdruck «Basler» vorangestellt? Wieso wird nicht wie in allen anderen Städten von «StoP Basel» gesprochen?*

Der Name des Präventionsprojekts «Basler Stadtteile ohne Partnergewalt» (BStoP) soll zum Ausdruck bringen, dass der Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten eine hohe Bedeutung zugemessen wird.

7. *Auf der Website der Fachstelle Häusliche Gewalt des Kantons steht: «Von Häuslicher Gewalt können alle Personen betroffen sein, unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, Herkunft oder sozialer Verortung». Inwiefern geht das Projekt auf diese Vielschichtigkeit ein?*

8. *Wie stellt das JSD sicher, dass es sich nicht zu einseitig auf gewisse Bevölkerungsgruppen fokussiert, wie das in der Beantwortung des Anzugs von Edibe Gölgeci und Konsorten den Anschein macht?*

Das Projekt hat zum Ziel, umfassend auf das Thema Partnergewalt aufmerksam zu machen und fokussiert keineswegs nur auf einzelne Bevölkerungsgruppen, wie etwa Migrantinnen und Migranten. Aus diesem Grund werden bei der Umsetzung des neuen Präventionsprojekts auch möglichst alle relevanten Institutionen und Organisationen einbezogen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

A stylized handwritten signature consisting of a large 'B' followed by a horizontal line and a vertical stroke.

Beat Jans
Präsident

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'B. Schüpbach-Guggenbühl'.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin